## DLM fordert Debatte über Funktion des privaten Rundfunks

Schäferkordt: "Gesellschaftlich Gewolltes und wirtschaftlichen Erfolg verbinden"

Berlin (epd). Die Landesmedienanstalten fordern eine Diskussion über das Leitbild, das der private Rundfunk vermitteln soll. Es fehle an "gesetzlichen Konkretisierungen" dazu, was Gesellschaft und Staat von den Privaten erwarteten, sagte der Präsident der Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg, Thomas Langheinrich, am 17. März in Berlin. Er sprach bei einer Tagung der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten.

Bei der Debatte um ein Leitbild solle es um Mindestanforderungen gehen, an die die Privaten sich halten sollten, erläuterte Langheinrich. Dies seien natürlich "ganz andere Anforderungen als an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk", der schließlich acht Milliarden Euro an Gebühren erhalte. Über diese Mindestanforderungen hinaus könnten die Sender Selbstverpflichtungen zum Beispiel bei Nachrichten und Information eingehen. Für die Einhaltung könne es bestimmte Anreize geben, etwa für mehr Deregulierung, sagte Langheinrich.

Der Fernsehvorstand des TV-Konzerns ProSiebenSat.1, Andreas Bartl, sagte, er werde sich "mit Freude einer solchen Diskussion stellen". Bisher habe er "nicht den Eindruck, dass die Bedeutung des privaten Rundfunks für die Gesellschaft erfasst wird". Im Bereich der Wertevermittlung etwa leisteten die Privaten einen sehr

wichtigen Beitrag, weil sie junge Leute besser erreichen könnten als etwa die Presse. Online-Medien kümmerten sich um diesen Bereich aus seiner Sicht "nicht so".

RTL-Geschäftsführerin Anke Schäferkordt kritisierte in der Debatte, das Fernsehen sei im Vergleich zu anderen Medien überreguliert. Es müsse Anreize geben, "gesellschaftlich Gewolltes und wirtschaftlichen Erfolg zu verbinden". Die Frage müsse auch sein, wie die Politik Bedingungen schaffen könne, unter denen es dem Fernsehen auch in Zukunft möglich sei, ein so umfassendes Angebot wie heute zu liefern.

Wolf-Dieter Ring, Präsident der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM), forderte die Medienpolitik auf, auch über finanzielle Anreizmodelle für private Programme nachzudenken, die einen besonderen Beitrag zur Grundversorgung lieferten. Dies gelte etwa für das lokale private Fernsehen, das wichtig, aber auch teuer sei.

Marc Jan Eumann, Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand, sagte, er sei bereit, darüber zu diskutieren, was ein Sender wie RTL brauche, um auch in Zukunft erfolgreich sein zu können. Nach der Etablierung des neuen Gebührenmodells für die öffentlich-rechtlichen Sender könne man gegebenenfalls einen "Kassensturz" machen.